



Demo und Warnstreik in Nürnberg

600 Kolleginnen und Kollegen folgen dem Aufruf der bfg

Vom 28. Februar bis 2. März fanden in Potsdam die entscheidenden Verhandlungen im Rahmen der Einkommensrunde 2019 statt. Bis zuletzt machten der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften noch einmal Druck auf die Arbeitgeber und riefen ihre Mitglieder zur Teilnahme an Warnstreiks und Protestaktionen auf. In Nürnberg waren am 26. Februar dabei 600 Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten bayerischen Finanzverwaltung dem Aufruf der bfg zur Teilnahme am Warnstreik und der Protestveranstaltung gefolgt. Angeführt von bfg-Landesvorsitzendem Gerhard Wipijewski und Bezirksvorsitzender Helene Wildfeuer haben die Financer lautstark Flagge gezeigt und die Forderung nach 6 Prozent mehr Einkommen – mindestens aber 200 Euro eindrucksvoll unterstützt. Helene Wildfeuer und Christoph Strehle sprachen auf der abschließenden Kundgebung und forderten die Arbeitgeber auf, in der nächsten Verhandlungsrunde ein abschlussfähiges Angebot auf den Tisch zu legen.

Ab 10 Uhr versammelten sich die Kolleginnen und Kollegen aus ganz Bayern auf dem Aufseßplatz in Nürnberg unter dem großen bfg-Ballon, um sich mit bfg-Westen, bfg-Fahnen, bfg-Ballons und Trillerpfeifen auszurüsten.

Angeführt vom stv. dbb-Vorsitzenden Volker Geyer, bfg-Vorsitzendem Gerhard Wipijewski, bfg-Bezirksvorsitzender Helene Wildfeuer und dbb-Jugend-Vize Christoph Strehle setzte sich der Protestzug dann unter dem ohrenbetäubenden Lärm hunderter Trillerpfeifen mit der bfg an der Spitze in Richtung Fußgängerzone in Bewegung. Vor der Lorenzkirche sprachen neben Volker Geyer auch Helene Wildfeuer und Christoph Strehle.

Wildfeuer, bfg-Bezirksvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, freute sich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen dem Aufruf gefolgt waren und den Arbeitgebern heute die Stirn bieten würden.

Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte könnten nur Seite an Seite das Ziel erreichen. Schließlich

gehe es um 6 Prozent mehr für Tarifbeschäftigte und um 6 Prozent mehr für Beamtinnen und Beamte!

„Der Beamtenstatus ist ein Qualitätsmerkmal! Er ist ein starker Anreiz für gut ausgebildete junge Menschen, sich für den öffentlichen Dienst zu entscheiden. Die Rechnung geht aber nur auf, wenn die Bezahlung stimmt! Deshalb fordern wir zu Recht die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich!“

Es gehe um eine bessere Bezahlung für die Menschen, die tagtäglich dafür sorgen, dass es rund läuft im Hause „Staat“. „Wie diejenigen, die in den Finanzämtern dafür sorgen, dass überhaupt Geld in die Haushaltskassen fließt“, rief sie den hundert Kolleginnen und Kollegen in den bfg-Westen zu.



Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski und Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer an der Spitze des Protestzuges; im Rücken rund 600 Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Bayerischen Finanzverwaltung.



Orange war nicht zu übersehen und zu überhören. Lautstark machten die bfg-Mitglieder an der Spitze des Zuges auf sich aufmerksam. Auf dem Podium vor der Lorenzkirche sprachen dann neben dbb-Vize Volker Geyer auch Helene Wildfeuer und Christoph Strehle zu den Demonstrantinnen und Demonstranten.

„Im Kampf um die besten Köpfe werden die öffentlichen Arbeitgeber immer mehr zu zahnlosen Tigern“, stellte der Vize-Vorsitzende der dbb Jugend-Bund Christoph Strehle fest. „Deshalb sind unsere Forderungen keineswegs unverschämt, sondern dringend notwendig: Um weiterhin gute Nachwuchskräfte zu bekommen, müssen wir sicherstellen, dass der öffentliche Dienst zukunftsfähig bleibt“, sagte Strehle, der stv. Landesjugendleiter vom Finanzamt Kaufbeuren.

„Wir können es nicht mehr hören, was alles nicht geht und was die Arbeitgeber nicht können oder wollen. Am Freitag hat das Statistische Bundesamt aktualisierte Zahlen vorgelegt, die alle Argumente gegen unsere Forderung endgültig vom Tisch fegen. Allein 2018 haben die Länder einen Überschuss von 11,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Es ist genug Geld da, um einen Tarifabschluss zu gestalten, vom dem alle profitieren: die Beschäftigten im Landesdienst, indem ihre Leistungen angemessen

gewürdigt werden, der öffentliche Dienst an sich, wenn er als Arbeitgeber attraktiv und konkurrenzfähig für die Zukunft aufgestellt wird, und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger, die eine moderne Verwaltung mit zufriedenen Beschäftigten zu schätzen wissen“, sagte dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer vor den Demonstrierenden auf dem Lorenzplatz. „Schluss mit dem Taktieren, lassen Sie uns endlich verhandeln, Herr Senator Kollatz“, so Geyers Appell an den TdL-Verhandlungsführer.



n! Auf Euch ist Verlass!



ECKPUNKTE der Tarifeinigung sind:

- durchschnittliche Anpassung der Tabellenentgelte um 3,2 % zum 1.1.2019, 3,2 % zum 1.1.2020 und 1,4 % zum 1.1.21
- leider wird die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) auf dem Stand 2018 eingefroren
- Laufzeit 33 Monate
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte in zwei Schritten um 50 Euro (1.1.2019) und 50 Euro (1.1.2020)

Finanzminister Albert Füracker hat unmittelbar nach Ende der Verhandlungen – wie im Vorfeld vereinbart – erklärt, dass die Ergebnisse zeit- und systemkonform auf die bayerischen Beamten und Versorgungsempfänger übertragen werden. Jetzt gilt es, bei der Übertragung des Tarifiergebnisses gemeinsam gute Lösungen zu finden und die Spitzenstellung Bayerns bei der Bezahlung seiner Beamten und Versorgungsempfänger zu festigen.

